

Verfassungsbruch

Diana Golze

Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Mitten in einem der reichsten Länder der Erde müssen Millionen von Kindern und Jugendlichen in Armut leben. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis, es ist auch täglicher Verfassungsbruch, denn es verletzt die durch das Grundgesetz geschützte Menschenwürde und verstößt gegen das Sozialstaatsprinzip.

Die Kinderarmut hat in Deutschland einen historischen Höchststand und eine neue Qualität erreicht. 2004 waren knapp eine Million Kinder auf Sozialhilfe angewiesen. 2005 erhielten rund 1,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld nach dem SGB II oder Sozialhilfe. Inzwischen leben nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) 1,93 Millionen Kinder unter 15 Jahren in so genannten Hartz-IV-Familien. Damit sind knapp 17 Prozent aller 11,5 Millionen Kinder in Deutschland gezwungen, mit 208 Euro monatlich auszukommen und davon die Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Spielzeug, Gesundheit, Bildung zu bestreiten. 2,6 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Familien, die vom Arbeitslosengeld II abhängen. Rund fünf Millionen Heranwachsenden bis zum vollendeten 18. Lebensjahr stehen dem DKSB zufolge weniger als 250 Euro pro Monat für den Lebensunterhalt zur Verfügung.

Dagegen muss endlich etwas unternommen werden! DIE LINKE fordert deshalb die Beendigung der Sozialabbau-Politik und eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung, die Kinder aus der Armut befreit. Ein Ausbau des Kinderzuschlags wäre ein erster Schritt, um wenigstens ein Existenzminimum von 420 Euro monatlich abzusichern. Durch den Verzicht auf Steuergeschenke an Konzerne und Banken wären die finanziellen Mittel dafür ohne weiteres vorhanden.

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

Kinderarmut ist ein Verbrechen

DIE LINKE beteiligt sich am Kampf gegen Kinderarmut

Kinderarmut hat viele Gesichter: Der knurrende Magen, weil das Geld für das Mittagessen fehlt, oder der endlose Nachmittag auf dem kalten Spielplatz, weil es an kostenlosen Freizeitmöglichkeiten mangelt. Kinderarmut ist ein Verbrechen: Sie stiehlt Kindern die Gegenwart – und raubt ihnen die Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft. In keinem anderen Industrieland hängt der Bildungserfolg junger Menschen so stark von der sozialen Herkunft der Eltern ab wie in Deutschland.

In Berlin sind die Bezirke Neukölln und Wedding traurige Spitzenreiter eine Studie zur Stadtentwicklung der Humboldt-Universität vom November 2007. Tatsächlich liegt in Neukölln die Arbeitslosigkeit bei über 25 Prozent. Jede zweite Familie mit Kindern ist auf staatliche Hilfe angewiesen. Besonders betroffen sind Kinder im Neuköllner Norden und in der Gropiusstadt.

Martina Hedwig, Leiterin der Berliner Kinder-nothilfe, erklärt: „Die Belastungen für die Familien nehmen zu. Mit Armut und Arbeitslosigkeit sind viele Familien überfordert.“ Fälle von Miss-handlungen und Verwahrlosung nehmen zu. Die Berliner Kindernotheilfe musste 2007 nach vorläufigen Berechnungen 2.500 Mal einschreiten. Das ist eine Steigerung um 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Auch Sabine Walther, Vorsitzende des Berliner Kinderschutzbundes, sieht das Wohl der Kinder vor allem durch die wachsende Armut bedroht: „Die Beiträge, die beim Arbeitslosengeld II für Kinder eingeplant sind, sind absolut



Foto: KDH

Kinder träumen. In der Neuköllner Rollbergsiedlung haben bereits vor einiger Zeit Kinder unterschiedlicher Nationalitäten ihre Wunschbilder an Wände gemalt.

zu niedrig.“ Doch auch wenn die Eltern erwerbstätig sind, reicht ihr Lohn oft nicht. Besonders hart trifft es allein erziehende berufstätige Mütter und ihre Kinder. Denn ausgerechnet im reichsten Land Europas verdienen Frauen verglichen mit ihren männlichen Kollegen durchschnittlich am wenigsten.

Ruben Lehnert und Irmgard Wurdack
VorstandssprecherInnen DIE LINKE Neukölln

Liebe Leserin, lieber Leser,

DIE LINKE beteiligt sich am Kampf gegen Kinderarmut: Wir werben für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,44 Euro, der Armut trotz Arbeit verhindert. Und wir mobilisieren gegen Hartz IV und für ausreichend öffentliche Betreuungsangebote für Kinder. 2008 wird die Neuköllner LINKE gemeinsam mit Eltern- und Schülervertretungen, mit Verbänden und Vereinen nach Wegen suchen, wie Kinderarmut im Kiez bekämpft werden kann. Wir denken beispielsweise an Initiativen für ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder, für mehr Personal für die Kinder- und Jugendhilfe, für vielfältige Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Deshalb veranstalten wir im ersten Halbjahr 2008 zwei kommunalpolitische Tagungen, zu denen Sie herzlich eingeladen sind. Wir freuen uns auch über Anregungen und Ideen von Ihnen. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns!

Hausverbote im Jobcenter

Mit einem Hausverbot sollte man vorsichtig umgehen, gerade in der öffentlichen Verwaltung.

Hausverbote beim Jobcenter kommen genau so vor, wie in anderen Einrichtungen und Institutionen. Aber wie geht man dort damit um? Verzweifelte und manchmal auch laut werdende Menschen werden umgehend vom Wachpersonal an die frische Luft gesetzt. Dabei wird in der Regel sofort mit einem Hausverbot gedroht. Die Betroffenen sind dann zumeist eingeschüchtert und wissen nicht wohin, denn nicht immer sind sie Schuld an der entstandenen Situation.

Drei unterschiedliche Bescheide von drei unterschiedlichen Sachbearbeitern datiert auf einem Tag, die sich inhaltlich widersprechen, kein Geld auf dem Konto und das kurz vor dem Wochenende: Das kann eine alleinerziehende Mutter schon mal in Panik versetzen. Gibt es eigentlich im Jobcenter ein Beschwerdemanagement, das versucht Probleme gleich vor Ort zu lösen? Welche Qualifikation haben die Mitarbei-



Aus dem

Neuköllner Rathaus

ter, eine Ausbildung in Gesprächsführung, im Antigewalttraining, oder Konfliktbewältigung, oder keine spezielle?

Die das Jobcenter betretenden Menschen werden mittlerweile „Kunden“ genannt. Sie erwarten eine Dienstleistung von einer öffentlichen Einrichtung. Dass das Personal dort vor gewalttätigen Menschen geschützt werden muss, ist unstrittig. Aber das Erkennen von Problemen gehört zu ihren Aufgaben. Auf Nöte der Menschen einzugehen und ihre Lage zu erkennen auch. Nicht jeder der laut wird, ist gleich ein Gewalttäter. Ein gut funktionierendes Beschwerdemanagement sowie eine Qualitätskontrolle für Leistungsbescheide, würde den Kunden und den Mitarbeitern einiges ersparen!

Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der BVV Neukölln

Gutshof Britz wird zum Kulturzentrum ausgebaut

Zu einem Kulturzentrum mitten in Neukölln soll der bislang kaum genutzte Gutshof Britz ausgebaut werden.

Das beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 5. Dezember mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP, Grauen und LINKEN. Wenn die Bauarbeiten 2012 abgeschlossen sind, sollen unter anderem das Museum Neukölln und ein Teil der Musikschule „Paul Hindemith“ in den einzigartigen historischen Gebäudekomplex einziehen. Daneben soll der Gutshof die Kulturstiftung Schloss Britz, das Private Museum für Tierkunde Berlin, den Imkerverein und den Heimatverein Britz beherbergen. Die Kosten für die Umgestaltung belaufen sich auf insgesamt acht Millionen Euro.

LINKE setzt Kulturentwicklungsplan für Neukölln durch

Wie sieht die Zukunft des Kulturdreiecks an der Karl-Marx-Straße aus, wenn der Gutshof Britz zum Kulturzentrum ausgebaut wird?

Wird es auf dem ehemaligen Kindl-Gelände Raum für kulturelle Einrichtungen geben? Und was soll aus dem Gemeinschaftshaus Gropiusstadt werden? Um zu verhindern, dass durch planloses Vorgehen der Verwaltung Teile des Bezirks von kulturellen Einrichtungen entblößt werden, hat DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) durchgesetzt, dass das Bezirksamt einen Kulturentwicklungsplan für Neukölln vorlegen muss. Bis Frühjahr 2008 soll ein detaillierter Plan vorliegen, aus dem zu ersehen ist, wie bei der Erschließung neuer Kulturstandorte vorgegangen wird und welche Bedeutung das für die bestehenden Standorte hat. In den kommenden Jahren soll der Plan dann fortgeschrieben werden.

Sozialdetektive auf neue Fährte angesetzt

Viele Hartz-IV-Empfänger kennen die berühmtesten Sozialdetektive. Der „Außendienst zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch“ wird bislang ausschließlich dazu eingesetzt, den Privatbereich der Betroffenen unter die Lupe zu nehmen.

Überprüft wird, ob der Mitbewohner nicht vielleicht doch ein Lebensgefährte ist oder ob ein Bezieher von Arbeitslosengeld II nicht doch mehr hinzuverdient als erlaubt. Auf Initiative der LINKEN sollen sich die Sozialdetektive künftig weniger um die Bezieher staatlicher Leistungen und mehr um die Träger von MAE-Maßnahmen („1-Euro-Jobs“) kümmern und beispielsweise dafür sorgen, dass Arbeitslose nicht mit Aufgaben betreut werden, die sonst von regulären Beschäftigten wahrgenommen werden.

Überwachung bringt keine Sicherheit

Berlin hat die Überwachung durch die Polizei ausgeweitet – geschützt wird dadurch niemand.

Am 22. November hat die SPD/LINKE-Regierung mit einer Stimme Mehrheit im Abgeordnetenhaus die Änderung des „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes“ (ASOG) beschlossen. Davor gab es viele Diskussionen, auch in der SPD. Vor allem die Jugendorganisation „Jusos“ forderte ihre Abgeordneten auf, dem Gesetzesentwurf nicht zuzustimmen.

Bei der LINKEN hatten sich mehrere Bezirksverbände und Basisorganisationen gegen die Änderung ausgesprochen. Viele meinten, die LINKEN habe bei der Verteidigung der Bürgerrechte zu viele Zugeständnisse an die SPD gemacht, sie sei als Bürgerrechtspartei auf Landesebene unglaubwürdig geworden.

Kritisiert wird vor allem: 1. Die Videoüberwachung zur „Eigensicherung“, d.h. ab sofort ist es der Polizei erlaubt, im öffentlichen Raum Videoaufzeichnungen anzufertigen, zum Beispiel bei Verkehrskontrollen. 2. Sie darf bei Personen, die „sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand oder sich sonst in hilfloser Lage befinden“ zur Identifizierung einen DNA-Test anordnen. 3. Die Polizei darf Videoaufnahmen, die bei Großveranstaltungen von den Veranstalter/-innen gemacht werden, auswerten. 4. Die Polizei kann in öffentlich zugänglichen Räumen des Personennahverkehrs, auch in Bahnen und Bussen, Ka-

meras aufhängen und 5., die Polizei darf Handys orten. Darüber hinaus wurde durch Beschluss des Abgeordnetenhauses die Aufbewahrungsfrist für Filmaufnahmen von 48 Stunden auf 30 Tage erhöht

Das alles soll den Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit bringen und sie vor Terrorangriffen schützen. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen aber, dass auf diese Weise vor allem grundlegende Freiheitsrechte eingeschränkt werden und dass diese Maßnahmen dazu dienen, umfangreiche Datensammlungen anzulegen.

Angebliche Katastrophen mit katastrophalen Mitteln zu bekämpfen, ist unsinnig. Das vorsorgliche Ausforschen von Personen, die „gefährlich werden könnten“ widerspricht dem Grundsatz, dass nicht Gesinnungen, sondern Verbrechen bestraft werden.

Freiheit kann man nicht schützen, wenn man sie Schritt für Schritt abschafft. Die LINKEN sollte die informelle Selbstbestimmung hochhalten und uns auf allen Ebenen davor hüten, in die „Terrorismusfalle“ zu tappen.

Das Berliner ASOG ist immer noch „besser“ als die Polizeigesetze anderer Bundesländer. Doch eine negative Gesetzesänderung wird nicht gut, weil sie noch schlechter sein könnte. Wohin die Politik des „kleineren Übels“ führt, haben uns Grüne und SPD auf Bundesebene schon vorgemacht.

Judith Demba, DIE LINKEN, Basisorganisation Neuköllner Norden (BO.NN)

Der Kurdenkonflikt und die Eskalation an der türkisch-irakischen Grenze

Norman Paech

Außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Der Kurdenkonflikt hat viele Aspekte. Spürbar war er jüngst auch in Neukölln.

Der Kurdenkonflikt ist so alt wie die Türkische Republik. Mit der Verfassung von 1924 wurde die Türkei zur Nation der Türken erklärt. Seither werden Kurden in der Türkei diskriminiert, die kurdische Sprache und Kultur verboten. Bis heute verweigert die Regierung dem kurdischen Volk das Selbstbestimmungsrecht und die damit verbundenen sozialen, kulturellen und politischen Rechte.

1984 begann die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einen bewaffneten Kampf um die Rechte der Kurden gegen die türkische Armee und Polizei, der bis heute anhält. Dabei wurden nach offizieller Darstellung über 37.000 Menschen getötet und ungefähr 3.600 Weiler und Dörfer zerstört. Etwa drei Millionen Kurden wurden vertrieben. Die große Mehrheit der türkischen Bevölkerung lehnt die gewaltsame Austragung des Konflikts ab und wünscht sich eine friedliche Lösung.

Machtkampf in der Türkei

Die jüngsten militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischem Militär und der PKK im türkisch-irakischen Grenzgebiet sind nicht allein mit der bis heute ungelösten Kurdenfrage zu erklären. Sie muss auch für den Machtkampf zwischen der amtierenden AKP-Regierung und dem türkischen Militär herhalten:

Das Militär versteht sich seit der Staatsgründung als Hüter des Laizismus, der Trennung von Staat und Religion, und hat großen Einfluss auf die Politik. Dieser Einfluss drohte unter der AKP-Regierung geschwächt zu werden. Das Militär warf der AKP vor, den laizistischen Staat abschaffen und durch einen islamistischen ersetzen zu wollen und drohte mit einem Putsch. Das führte zu breiten Protesten in der Bevölkerung und zu vorgezogenen Neuwahlen, aus denen erneut die AKP als Sieger hervorging.

Seither konzentriert sich das Militär darauf, den Kampf gegen die PKK für sich zu nutzen. Es schürt nationalistische Stimmungen gegen die kurdische Bevölkerung mit der Behauptung, die PKK wolle die türkische Nation zerstören und einen eigenen Staat gründen und eskaliert mit verstärkter Präsenz die Situation im Südosten der Türkei. Wiederholte Waffenstillstandsangebote der PKK wurden ebenso ignoriert wie die Tatsache, dass die PKK von ihrer Forderung nach einem eigenen Staat längst abgerückt ist. Die PKK hat seit der massiven Aufrüstung des Militärs im Südosten der Türkei ihre Angriffe auf türkische Militärposten wieder verstärkt.

Das Militär braucht den Kurdenkonflikt nicht zuletzt zur Eigenlegitimation. Das hat dazu geführt, dass Regierung und Parlament dem Druck des Militärs nachgegeben und einem Einmarsch in den Nordirak zugestimmt haben. Das dieser weder die PKK-Rebellen beseitigen noch die ungelöste Kurdenfrage klären kann, ist allen Beteiligten klar.

Rechte der Kurden

Letztlich kann der Konflikt nur beigelegt werden, wenn der kurdischen Bevölkerung die ihnen zustehenden kulturellen, sozialen und politischen Rechte gewährt werden. Das muss auf friedlichem demokratischem Weg geschehen. Dazu gehören sowohl der absolute Gewaltverzicht der PKK wie die Entmachtung des Militärs.

Die eskalierte Situation im türkisch-irakischen Grenzgebiet hat bedauerlicherweise auch in Deutschland zu Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken geführt. Es bleibt zu hoffen, dass diese keinen weiteren Aufwind bekommen und stattdessen konstruktive Dialoge über die Zukunft einer demokratischen Türkei geführt werden. Eine Türkei, in der die Menschenrechte ebenso wie kulturelle, soziale und politische Rechte für alle gelten, wäre auch für hier lebende Türken und Kurden ein Gewinn.



Foto: Rostamy-Povey

Afghanische Frauen

Ein Einblick in Lebenswelten geprägt von Krieg und Exil – am 27. Januar in der Neuköllner Galerie Olga Benario.

In einem Vortrag mit anschließender Diskussion stellt Elaheh Rostamy-Povey ihr Buch „Afghan Women. Identity and Invasion“ vor. Dr. Rostamy-Povey unterrichtet an der Fakultät für Orientalische und Afrikanische Studien der Universität von London. Ihre Forschungsschwerpunkte sind der Nahe Osten, Iran und Afghanistan. Besonders beschäftigt hat sie sich mit der Situation der Frauen aus diesen Gebieten, mit ihren Erfahrungen im Exil, ihrem Überlebenskampf im Krieg und unter Besatzung. In ihrem neuen Buch thematisiert sie nun die Lebenswelten von afghanischen Frauen.

Zukunft der Frauenrechte in Afghanistan

In ihrem Buch, das auf Interviews mit afghanischen Frauen basiert, wird dargestellt, wie diese Frauen sich gegen Unterdrückung und Klischeebilder gewendet haben. Thematisiert wird die Situation der Frauen unter den Taliban und die Auswirkungen auf ihr Leben durch die Ereignisse nach dem 11. September 2001. Rostamy-Povey befragte Frauen in Afghanistan und afghanische Frauen im Exil. Dabei zeigt sich, dass es kein einheitliches Bild von afghanischen Frauen gibt. Ihre Lebensentwürfe und ihre Strategien, gegen Unterdrückung anzukämpfen, unterscheiden sich stark. Herkunft und Bildung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Die Zukunft der Frauenrechte in Afghanistan, so Rostamy-Povey, hängt jedoch nicht nur davon ab, die männliche Vorherrschaft zu überwinden. Notwendig ist auch, die imperiale Vorherrschaft zu bekämpfen und den tiefer werdenden Graben zwischen dem Westen und der muslimischen Welt zu überbrücken.

Eine Veranstaltung der Galerie Olga Benario und der AG Frieden (DIE LINKE. Bezirksverband Neukölln) in der Galerie Olga Benario, Richardstraße 104, 12043 Berlin, (Nähe U-Bahnhof Karl-Marx-Straße) am Sonntag, dem 27. Januar 2008, von 16.30-18.30 Uhr.

Kontakt: *Stephanie Harnisch, 0163 3127453 stephanie_harnisch@gmx.de*



Foto: KDH

Stolperstein für Olga Benario

Seit dem 10. Dezember erinnert vor dem Haus Innstraße 24 ein „Stolperstein“ an Olga Benario, die von den Nazis 1942 ermordet wurde. Hier, vor ihrer letzten Wohnung in Deutschland, wurde für eine jüdische Kommunistin und Antifaschistin vom Bildhauer Gunter Demnig ein Denkzeichen ins Pflaster des Gehwegs eingefügt, wenige Tage vor ihrem 100. Geburtstag am 12. Februar. Dazu veranstaltet die Galerie Olga Benario eine Ausstellung mit einem Rahmenprogramm (siehe letzte Seite).

Termine DIE LINKE Neukölln

Mitgliedervollversammlung**DIE LINKE Neukölln**

8. Februar 2008, 18 Uhr
Aula der Albert-Schweizer-Schule,
Karl-Marx-Straße 14, 12043 Berlin
(Nähe Hermannplatz).

Tagesordnungsvorschlag:

1. Begrüßung
2. Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins
3. Hartz-IV-Rechtsberatung in Neukölln
4. Kommunalpolitische Tagung in Neukölln
5. Sonstiges

Bezirksvorstand

jeden 2. Donnerstag, 19 Uhr

24. Januar, 7. Februar

Richardplatz 16

BO Rixdorf

25. Januar, 19 Uhr

Diskussion: „Gesetzlicher Mindestlohn“

Richardplatz 16

BO Nord-Neukölln

15. Januar, 19 Uhr

Richardplatz 16

Linksjugend [´solid]

23. Januar, 18 Uhr

Richardplatz 16

AK Erwin

15. Januar, 11-14 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

Richardplatz 16

AK Frieden

31. Januar, 18 Uhr

Richardplatz 16

Galerie Olga Benario

Richardstraße 104

Ausstellung Olga Benario.

Annäherung an eine Revolutionärin

vom 17. Januar bis 6. März

24. Januar, 19.30 Uhr

Olga Benario, Brasilianischer Spielfilm von Rita Buzzar (2006) 90 Min.

7. Februar, 19.30 Uhr

Flucht in den Dschungel, Dokumentarfilm über jüdische Emigranten in Brasilien von Michael Juncker (2000) 45 Min.

12. Februar, 17 Uhr

Kundgebung mit Anita Benario-Prestes
Innstraße 24,

anschließend Diskussion in der Galerie

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln

Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 8. Januar 2008

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · Januar 2008

DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten



Foto: Yaak Pabst

Breite Unterstützung für die Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst. Gegen Berlins leere Kassen hilft kein Lohnabbau, sondern höhere Besteuerung großer Einkommen und Unternehmen.

Zum dritten Mal im vergangenen Jahr protestierten Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes in Berlin am 12. Dezember mit einem Warnstreik für ihre Forderungen. Mitglieder der LINKEN aus ganz Berlin waren dabei und zeigten ihre Solidarität. Der Neuköllner Bezirksvorstand hatte bereits im November seine Unterstützung erklärt und aufgerufen, sich an den Aktionen zu beteiligen.

Die Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW und IG BAU fordern, dass der Senat den Tarifvertrag der Länder übernimmt und dadurch in den Flächentarifvertrag zurückkehrt. Anstelle der Lohnerhöhungen, die dem Berliner öffentlichen Dienst durch die Abkoppelung in den letzten Jahren entgangen sind, fordert die Tarifgemeinschaft drei Einmalzahlungen von je 300 Euro. Bisher ist der Senat, insbesondere der Regierende Bürgermeister Wowereit (SPD), nicht bereit, darüber zu verhandeln. In den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wird deshalb über einen unbefristeten Streik diskutiert.

Die Bundesvorstandsmitglieder der LINKEN und Gewerkschafter Heidi Scharf und Michael Schlecht erklärten schon beim Warnstreik im September, dass sie den Arbeitskampf der Kollegen des öffentlichen Dienstes in Berlin unterstützen. Gegen die Forderung Sarrazins, den Sparkurs fortzusetzen, argumentieren Scharf und Schlecht: „Die hohe, durch die CDU-geführte Vorgängerregierung verursachte Verschuldung von Berlin ist bekannt. Diese wird aber nicht abgebaut werden können, indem den Beschäftigten im öffentlichen Dienst permanente notwendige Einkommenserhöhungen vorenthalten werden.“

Jan Maas

Information und Diskussion:

Die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Berlin

am Freitag, dem 1. Februar, um 18 Uhr
im Köln-Zimmer des Rathauses Neukölln,
Karl-Marx-Straße 83

mit **Roland Tremper**

(Geschäftsführer ver.di Berlin),

Michael Schlecht

(Mitglied im Parteivorstand und gewerk-

schaftspolitischer Sprecher DIE LINKE),

Irmgard Wurdack

(Sprecherin DIE LINKE Neukölln)

Rund um das Flugfeld für die Schließung

Jeden ersten Sonntag eines Monats treffen sich um 14 Uhr Menschen aus ganz Berlin in der Ecke Leinestraße/Oderstraße.

Sie umwandern den Flughafen Tempelhof, informieren sich über die aktuellen Pläne zur Nutzung des Tempelhofer Feldes nach Schließung des Flugbetriebes zum 31. Oktober 2008 und erkunden die soziale Situation in den angrenzenden Kiezen. Organisiert werden diese „Flughafen Spaziergänge“ von der Bürgerinitiative NANU THF. Sie setzt sich für eine aktive und effektive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen ein, wenn das

Tempelhofer Feld wieder für alle geöffnet wird. Eine Privatisierung des Geländes, z. B. für Häuserbau an der Oderstraße, wird abgelehnt. Stattdessen soll ein großer Grüngürtel entstehen. Platz für Freizeitsport, Kunst, Hundeauslauf, Begegnungen mit Tieren in einem „Kuschelzoo“ und Grillplätze sollen Jung und Alt mehr wohnortnahe Lebensqualität bieten. Entsprechend kamen zu den bisherigen „Flughafen Spaziergängen“ mit den Erwachsenen auch Kinder und Hunde, wie in Neukölln nicht anders zu erwarten ist.

Informationen: www.flughafennutzung.de

Kontakt: info@flughafennutzung.de

Thomas Hinrichsen, BO Hermannstraße

DIE LINKE Berlin-Neukölln